

Die Werbekampagne „Zukunft ohne Schulden“ der Bundesregierung zu Nulldefizit und Sparkurs. Eine kritische Bestandsaufnahme des BEIGEWUM

Mythos Nr. 1

„Staatsschulden sind Zukunftsvernichtung. Sie belasten alle Bevölkerungsschichten und sind unsozial. Sie engen den Spielraum für Reformen ein und bedrohen unseren Wohlstand.“

(Zitat aus der Regierungs-Website ZUKUNFT OHNE SCHULDEN www.zukunftohneschulden.at)

- Eine der Grundweisheiten der Finanzwissenschaft ist, dass eine Beurteilung von Verschuldung von ihrer Verwendungsweise abhängt. Schulden sind "an sich" weder gut noch schlecht.
- Die Aufgabe des Staates in der Wirtschaft ist nicht das Erzielen von Gewinnen. Der Staat hat gesamtwirtschaftliche Lenkungenfunktionen und er hat die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens zu definieren: Er soll für Wohlfahrt, für eine gerechtere Verteilung, für Schaffung von Infrastruktur, für die Versicherung gegen Risiken wie Arbeitslosigkeit etc. sorgen.
- Wenn Schulden aufgenommen werden, um Investitionen zu tätigen, dann sind sie Voraussetzungen für zukünftigen Wohlstand. Zukunftsvernichtung betreibt derjenige, der mit Sparprogrammen notwendige Investitionen streicht.
- Die Finanzierbarkeit der Staatsausgaben ist eine wichtige Frage, setzt aber kein Nulldefizit voraus! Die Finanzierbarkeit ist eine Nebenbedingung, die gewährleistet sein muss, um Staatsaufgaben zu erfüllen. Ein Nulldefizit ist kein Ziel an sich.

Mythos Nr. 2

Österreich steht vor dem Staatsbankrott. Die Zinszahlungen fressen uns auf.

„Österreich hat zum Jahresende 2000 einen Staatsschuldenberg von 2.200.000.000.000,00 Schilling angehäuft. ... Für diese Schulden muss der Staat jährlich rund 100.000.000.000 Schilling Zinsen zahlen – 100 Milliarden Schilling. Das sind knapp 275 Millionen Schilling pro Tag. ... Diese Zinslast frisst die Zukunft Österreichs auf, wenn sie weiter steigt und der Staat immer weniger Geld für andere Aufgaben zur Verfügung hat. Die einzige Alternative ist ein Budget ohne Defizit, eine Politik ohne neue Schulden.“

(Zitat aus der Regierungs-Website ZUKUNFT OHNE SCHULDEN www.zukunftohneschulden.at)

In der offiziellen Werbekampagne finden sich immer wieder abweichende Zahlen (es folgen wörtliche Zitate aus bezahlten Zeitungsanzeigen der Bundesregierung):

1. *Krone* 2.12.2000: *“Der österreichische Weg zum Nulldefizit; Sieben Millionen Tonnen 1-Schilling-Münzen bzw. rund **2000** Milliarden Schilling beträgt der Gesamtschuldenstand Österreichs.”*

2. *Salzburger Nachrichten* 25.11.2000: *“Über **1700** Milliarden Schilling Altschulden bescheren uns jährlich Kosten für die Bedienung dieser Schulden von **114** Milliarden Schilling.”*

Werbe-Sujet: Alter Mann:

*“So kann’s nicht weitergehen! Oder: Höchste Zeit was zu verändern. Entweder weitermachen wie bisher. Staatsschulden in der Höhe von **2.200** Milliarden Schilling – allein **275** Millionen pro Tag für Zinsen.”*

Werbe-Sujet: Baby:

*“So jung und schon so pleite. Oder: so jung und schon so viele Chancen. Entweder weitermachen wie bisher. Jeder in Österreich ist pro Kopf mit **217.000** Schilling Staatsschulden belastet. Und Österreich bald bankrott.”*

➤ **In den bezahlten Zeitungsinseraten variieren die Beträge der österreichischen Staatsverschuldung von 1700 Mrd.S über 2.000 Mrd.S bis hin 2.200 Mrd.S (ohne Angabe von Jahreszahlen und Datenquellen).**

Zur Klarstellung: Der letzte veröffentlichte Bericht des Staatsschuldenausschusses (1999 veröffentlicht im Mai 2000) zeichnet folgendes Bild:

DATENLAGE:

Finanzschuld des Bundes Ende 99: **1.623,4** Mrd. öS
Öffentliche Verschuldung des Staates: **1.742,6** Mrd. öS
Öffentliche Verschuldung pro Kopf: **215.700** öS

Zur öffentlichen Verschuldung des Staates kommen noch langfristige Verbindlichkeiten im Rahmen der außerbudgetären Finanzierungen (ASFINAG, ÖBB, BIG, ÖIAG, SCHIG, marktbestimmte Betriebe der Gemeinden,...). Dazu ist anzumerken, dass es in Österreich keine klare Abgrenzung für die außerbudgetären Finanzierungen¹ gibt. Anhaltspunkte für den Bund liefern der Budgetbericht 2000 sowie die Geschäftsberichte von ausgegliederten Unternehmungen des Bundes.

Zinsen: **91,4** Mrd.
Tilgungen: **159,1** Mrd.
Insgesamt: **250,4** Mrd.

Quelle: Staatsschuldenausschuss 1999

Für die Jahre 2001 und 2002 ist die Prognose für den Zinsendienst ansteigend, allerdings mit stabilisierten Steigerungsraten.

¹ Eine Arbeitsgruppe des Staatsschuldenausschusses versucht derzeit, die langfristigen Verbindlichkeiten aus außerbudgetären Finanzierungen zu ermitteln.

(Nettoaufwand für Verzinsung 2000: 6.761 Mrd Euro; 2001: 6.775 Mrd Euro; 2002: 6.968 Mrd Euro; Quelle: Übersicht 11b, Anhang Budgetrede Bundesfinanzminister Grasser vom 1. 3. 2001)

- Österreich ist weder am Rande des Bankrotts, noch agieren alle anderen Staaten ambitionierter beim Defizitabbau als wir (beispielsweise Frankreich, Deutschland und Italien)!
- Österreich genießt weiterhin die höchste Bonitätsstufe der internationalen Ratinginstitute → Triple A!
- 1999 lagen wir mit einem BIP/Kopf von 24.600 \$² an fünfter Stelle der EU, und an zehnter Stelle der OECD-Staaten³!

Mythos Nr. 3

Ohne die eingegangene Staatsverschuldung wären wir alle reicher

„Jeder Österreicher ist mit 217.000 Schilling Staatsschuld belastet. Die Altschulden betragen 2200 Milliarden. Ohne diese Schulden hätte jeder Arbeitnehmer monatlich um 7.300 Schilling mehr in der Tasche.“

(Zitat aus der Regierungs-Website ZUKUNFT OHNE SCHULDEN www.zukunftohneschulden.at)

Klarstellung zur DATENLAGE:

1. Bevölkerung: 8 Mio.

2. Erwerbstätige: 3.678.000 (Unselbständig Beschäftigte, Selbständige und Familienangehörige)

3. ArbeitnehmerInnen: 3.175.000

Quelle:Arbeitskräfteerhebung 1999, EUROSTAT

(Die Regierungskampagne verwendet übrigens die Begriffe "ArbeitnehmerInnen" und Erwerbstätige synonym.)

Zinszahlungen 1999: 91,4 Mrd. öS

Zinsendienst/Kopf/Jahr: 11.425,- öS

Zinsendienst/Monat (1999):

1. Bevölkerung 91.400 Mio: 8 Mio: 12 = **952,- S pro ÖsterreicherIn**

2. Erwerbstätige 91.400 Mio: 3,678 Mio: 12 = **2.070,- S pro Erwerbstätigen**

3. ArbeitnehmerInnen 91.400 Mio: 3,175 Mio:12 = **2.390,- S pro ArbeitnehmerIn**

Zinsen und Tilgung (1999):

1. Bevölkerung 250.000 Mio: 8 Mio:12 = **2.604,- S pro ÖsterreicherIn**

2. Erwerbstätige 250.000 Mio: 3,678 Mio: 12 = **5.664,- S pro Erwerbstätigen**

3. ArbeitnehmerInnen 250.000 Mio: 3,175 Mio: 12 = **6.562,- S pro ArbeitnehmerIn**

² Zu laufenden Preisen und Kaufkraftparitäten in US \$

³ Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 2001 der AK, S.20

➤ **Finanzminister Grassers Rechnung ist daher nicht nachvollziehbar !**

Etwas richtiger wäre: Wenn wir keine Kredite aufgenommen hätten, blieben allen ÖsterreicherInnen ca. 950,- pro Monat an Zinsendienst erspart (keinesfalls aber 7.000 bzw. 7.300 öS). Es ist unseriös einmal die Gesamtbevölkerung als Nenner (in einer Bruchrechnung) zu verwenden und ein anderes Mal eine viel kleinere Größe. Damit soll wohl suggeriert werden, dass beide Male die gesamte Bevölkerung gemeint ist.

Diese Rechnung ist jedoch auch insofern absurd, als der Verschuldung Vermögenswerte gegenüberstehen und mit dem geborgten Kapital gearbeitet wurde. Wie jeder Mensch weiß, steht jedem Schuldner ein Gläubiger gegenüber, jedem Kredit ein Guthaben. Auch den Österreichischen Staatsschulden stehen private Vermögen gegenüber. Wer sind nun diese Gläubiger? In Österreich sind über 50% Inlandsschulden. Das heißt, die Gläubiger sind Private Banken, Versicherungen und Anleihebesitzer in Österreich. Zumindest bei einem Teil der Österreicherinnen und Österreicher stehen also den Staatsschulden, wenn man sie herunterrechnet, Guthaben gegenüber. Dazu kommt das öffentliche Vermögen, d.h. das Bundesvermögen und die Vermögenswerte der Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen. Bund und Wien wiesen 1999 gemeinsam alleine Vermögenswerte in der Höhe von 1.193 Mrd. öS aus. Darin sind aber so wichtige Investitionen wie z. B. in das Humankapital gar nicht enthalten.

Ob ohne diese Schulden jede/r ArbeitnehmerIn monatlich um 7.000 bzw 7.300,- Schilling mehr in der Tasche hätte, ist wohl fraglich – wurde denn das Geld aus diesen Krediten sofort nach Erhalt verbrannt? Oder vom Finanzminister in die eigene Tasche gesteckt und dort gehortet? Selbst bei böswilligsten Annahmen betreffend Ineffizienz des öffentlichen Sektors ist wohl ein bestimmter Anteil der Staatsschulden für Zwecke aufgewendet worden, die das Volkseinkommen – und damit *auch* das Einkommen der ArbeitnehmerInnen – erhöht haben.

➤ **Es ist volkswirtschaftlich zweifellos unrichtig zu behaupten, dass wir ohne Staatsschulden alle reicher wären.**

Mythos Nr. 4

**Wie Staatsschulden einen Teufelskreis in Gang setzen können:
Höhere Staatsschuld - höhere Zinsen – Standortverschlechterung -
Investoren wandern ab - Beschäftigungsverluste**

(siehe Regierungs-Website ZUKUNFT OHNE SCHULDEN www.zukunftohneschulden.at)

Es zählt zu den beliebtesten unbewiesenen Behauptungen der konservativen Wirtschaftslehre, die höhere Staatsschuld führe zu Verdrängung von privaten Investitionen und einem erhöhten Zins. Das macht sie nicht richtiger. Gerade die hochgepriesene internationale Kapitalmobilität, die die Politik in Europa im letzten Jahrzehnt ermöglicht und abgesichert hat, schließt aus, dass in einem Land, wo nicht gerade wirtschaftlich alles schiefgeht, Kapital knapp wird, so dass es über höhere Zinsen rationiert werden muss. Und gerade der österreichische Staat ist ein höchst angesehener Schuldner, was sich im triple A Rating der internationalen Ratingagenturen ausdrückt. Der letzte Anlass, wo das Vertrauen der internationalen Investoren kurz einen massiveren Knick erlitten hat, war bei der Angelobung der neuen österreichischen Regierung. An diesem Tag hat sich der Zinsabstand zu Deutschland ein wenig nach oben verschlechtert.

Und dann darf man natürlich nicht vergessen, dass der Zins nicht etwas unbeeinflussbares ist, was sich die Privaten am Finanzmarkt ausmachen, sondern dass ein entscheidender Einfluss auf das Zinsniveau auch von der Notenbank – im Euro Raum von der Europäischen Zentralbank - ausgeht. Das zu thematisieren wird immer gern ausgeblendet

Mythos Nr. 5

**„Nur diejenigen, die es sich leisten können, müssen einen Beitrag zur
Budgetsanierung leisten. Das bedeutet, dass 3/4 der Arbeitnehmer und 3/4 der
Pensionisten steuerlich nicht zusätzlich belastet werden.“**

(Zitat aus der Regierungs-Website ZUKUNFT OHNE SCHULDEN www.zukunftohneschulden.at)

Die Bundesregierung behauptet nun in graduellen Abstufungen - *einkommensteuerlich nicht belastet; steuerlich nicht belastet; weitgehend unbelastet; nicht belastet*, dass ArbeitnehmerInnen die Belastungspakete nicht treffen, und manchmal auch das Gegenteil: *Alle leisten ihren Beitrag*.

1. Budgetrede Bundesfinanzminister Grasser (BVA 2001, 18.10.2000):
“**Einkommensteuerlich** bedeutet das, dass Einkommen unter 30.000 brutto nicht belastet werden. Somit bleiben mehr als 75% der Arbeitnehmer unbelastet. Ebenso werden Pensionisten unter 20.000 brutto **einkommensteuerlich** nicht belastet, somit bleiben auch mehr als 75% der Pensionisten unbelastet”.

Zitate aus den Medien (jeweils bezahlte Anzeigen der Bundesregierung):

2. Salzburger Nachrichten 9.12.2000: *“75% der Bevölkerung sind **nicht** belastet.”*

3. Kurier 16.1.2001: *“Drei Viertel bleiben **weitgehend** unbelastet. Bei 75% der Erwerbstätigen wird der Rotstift also nicht angesetzt.”*

4. Kurier 20.1.2001: *“Wer glaubt, die höchst überfällige Sanierung des österreichischen Staatshaushalts werde allein auf dem Rücken der sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen ausgetragen, der irrt. Die Budgetkonsolidierung ist die Gesamtaufgabe des Staates. **Alle** (vor allem Unternehmen und Selbständige, aber auch Arbeitnehmer und Studenten) **leisten ihren Beitrag.**”*

➤ Es ist faktisch ein großer Unterschied, ob die Regierung behauptet, dass sie die ArbeitnehmerInnen nicht belastet oder zugibt, dass sie dies nur im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Rahmen der Einkommensteuer tut. (Obwohl auch diese Aussage nicht korrekt ist – wegen der Halbierung des Arbeitnehmerabsetzbetrages.)

Finanzminister Grasser: *“Mir war es ein ganz besonderes Anliegen, die dazu notwendigen Beiträge fair zu verteilen und die Maßnahmen sozial treffsicher und gerecht zu gestalten. Das präsentierte Sanierungspaket entspricht diesen Vorgaben.” Im Mittelpunkt steht auch die soziale Treffsicherheit. Menschen, die bisher nicht zu den Begünstigten zählten, wie Behinderte, Pflegebedürftige oder sozial Schwache stehen im Mittelpunkt einer Entlastungsoffensive. (Salzburger Nachrichten, 9.12.2000)*

Nochmals Finanzminister Grasser: *„Wir sind es, die die Umverteilung von oben nach unten erreichen. Wir sind es, die zeigen, dass soziale Gerechtigkeit mit dem Weg zum Nulldefizit vereinbar ist.“ (Budgetrede BVA 2002, 1.3.2001, S.10)*

Klarstellung:

Die Arbeiterkammer und der ÖGB haben wiederholt gezeigt, dass nach ihren Einschätzungen, der Hauptteil der Belastungen von den ArbeitnehmerInnen getragen werden muss, und hier besonders von den kleinen und mittleren Einkommen. Auch die österreichische Armutskonferenz hat in ihrem Bericht auf soziale Härten aufmerksam gemacht.

→ **Siehe AK/ÖGB: Bilanz der ArbeitnehmerInneninteressenvertretungen: 1 Jahr Regierungskoalition ÖVP-FPÖ**

Den wirklich “Reichen” ist es aber entgegen der Regierungsankündigung wieder gelungen, den Belastungen zu entgehen:

Kurier 20.1.2001 (bezahlte Anzeige)

“Auch Stiftungen tragen viel zum Defizit-Abbau bei.“

Die sinnvolle Möglichkeit, Vermögen steuerschonend in Stiftungen auszulagern, wird künftig nicht mehr ganz so lukrativ sein wie bisher. Das Eintrittsgeld zur Stiftung

wird auf fünf Prozent der Stiftungssumme verdoppelt. Die Kapitalertragsteuer, die bisher erst bei der Kapitalentnahme angefallen ist, muss künftig zur Hälfte bereits im Vorhinein berappt werden. 2,2 Milliarden Schilling sollen so zusätzlich in den Staatssäckel fließen. Dennoch werden die heimischen Stiftungen auf für ausländische Stifter interessant bleiben.“

Kurier 2.2.2001 (diesmal keine bezahlte Anzeige!):

“Neue Stiftungssteuer bringt Budget nichts”

Univ Prof Michael Lang von der WU: “Durch Gestaltungsmaßnahmen lassen sich die steuerlichen Verschärfungen abfedern.” Er bezweifelt stark, dass die Stiftungen dem Finanzminister ein Mehr an Steuereinnahmen bringen werden (im BVA 2001 sind ca 2 Mrd S veranschlagt). Lang: “Das Ganze ist wohl eher als symbolische Maßnahme zu verstehen, um zu zeigen, dass alle Österreicher Opfer bringen.”

Lang zu den Umgehungsmöglichkeiten: “Die neu eingeführte Zwischenbesteuerung von Gewinnen durch Beteiligungsveräußerungen kann vermieden werden, indem mit dem Verkaufserlös ein anderes zinsbringendes Vermögen erworben wird. Das Eintrittsgeld in die Stiftungen könne etwa über Genuss- oder Wohnrechte geschmälert werden. Dadurch wird der Wert einer Stiftung (bei der Schenkung) belastet.”

Mythos Nr. 6

„Österreich braucht einen schlanken Staat, der den Bürgern nicht mehr Steuern auferlegt, als unbedingt notwendig.“

(Zitat aus der Regierungs-Website ZUKUNFT OHNE SCHULDEN www.zukunftohneschulden.at)

Jetzt kommen wir zu des Pudels Kern, das ist das, worum es eigentlich geht beim Nulldefizit.

Natürlich ist die Größe des Staates an sich noch nichts positives. Es wäre in der Tat traurig, wenn der Staat nichts anderes täte als von den Bürgern Steuern abzusaugen. Tatsächlich finanziert er damit aber bestimmte Aufgaben. Die Kritik der Freunde des schlanken Staates richtet sich nun keineswegs gegen staatliche Aufgaben per se - Ausgaben für Familienpolitik, Bundesheer, polizeiliche Ausrüstung usw. gelten ihnen als unverzichtbar und sind ihnen durchaus einiges wert.

Schlank soll der Staat nur dort sein, wo er Aufgaben übernimmt, die ihren politischen Vorstellungen widersprechen - die soziale Absicherung, die Wahrung öffentlicher Interessen im Wirtschaftsleben, und die Unterstützung gesellschaftlicher Freiräume stehen hier im Schußfeld. Hier ist Abschlankeung angesagt. Dieser Umbau ist schwer offen zu argumentieren, vorgebliche finanzielle Engpässe wirken hier überzeugender.

Den „schlanken Staat“ können sich nur die Reichen leisten!